

Gegen den »Tag der Bundeswehr«

Antimilitarismus statt Waffenschau

Am 17. Juni ist der »Tag der Bundeswehr«. An diesem Tag sollen sich die Bürgerinnen und Bürger in den Kasernen »selbst ein Bild zu machen und die Armee mit ihrer Technik und ihrem Gerät hautnah kennenlernen«. Doch wir kennen die Bundeswehr und vor allem die Kosten, die sie verursacht. Mehr als 50 Milliarden Euro beträgt der Verteidigungsetat in diesem Jahr. Hinzu kommen 8,4 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr, das insgesamt 100 Milliarden Euro schwer ist.

Und dabei soll es nicht bleiben: Die Bundesregierung will nun jedes Jahr mehr Geld in die Armee pumpen, so lange bis das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht ist, also Deutschland zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Waffen und Soldaten steckt. Nach derzeitigem Stand wären das mehr als 76 Milliarden Euro. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat bereits angekündigt, dass ihm zwei Prozent nicht reichen.

Dabei wird das Geld anderswo dringend gebraucht! Viele Schulen und Turnhallen sind marode, ebenso Straßen, Schienen und Brücken. Zudem fehlen tausende Lehrkräfte und Kita-Erzieher*innen. Jetzt will die Wehrbeauftragte auch noch eine verpflichtende Musterung für alle jungen Menschen einführen. Das wäre ein weiterer Schritt zur Militarisierung unserer Gesellschaft. Zwangsmusterung ist auch eine vorbereitende Maßnahme zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Denn noch ist die Wehrpflicht in Deutschland nur

ausgesetzt. Wir wollen sie ganz abschaffen! Gleichzeitig wirbt die Bundeswehr immer offensiver an unseren Schulen um Nachwuchs. Doch wir sagen: Kein Werben fürs Sterben! Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen aufnehmen. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und Hochschulen ab. Wir sprechen uns gegen jegliche Präsenz der Bundeswehr an Schulen aus und rufen Schüler*innen, Lehrkräfte sowie Eltern auf, durch Beschwerden Druck auf die Schulleitungen auszuüben, damit die Bundeswehr draußen bleibt oder Protest zu organisieren, wenn sich der Besuch nicht mehr abwenden lässt.

Wir müssen auch über die Klimafolgen der Aufrüstung diskutieren. Schon im Jahr 2021 hat die Bundeswehr insgesamt rund 1,71 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen, wie eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag belegt. Infolge des Ukraine-Kriegs dürfte der CO₂-Ausstoß weiter angestiegen sein. Damit heizt die Bundeswehr mit ihren Kampfflugzeugen und Panzern die Klimakrise weiter an.

www.die-linke.de/mitmachen



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, Redaktionsschluss 12.06.2023
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank

Gegen den »Tag der Bundeswehr«

Antimilitarismus statt Waffenschau

Am 17. Juni ist der »Tag der Bundeswehr«. An diesem Tag sollen sich die Bürgerinnen und Bürger in den Kasernen »selbst ein Bild zu machen und die Armee mit ihrer Technik und ihrem Gerät hautnah kennenlernen«. Doch wir kennen die Bundeswehr und vor allem die Kosten, die sie verursacht. Mehr als 50 Milliarden Euro beträgt der Verteidigungsetat in diesem Jahr. Hinzu kommen 8,4 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr, das insgesamt 100 Milliarden Euro schwer ist.

Und dabei soll es nicht bleiben: Die Bundesregierung will nun jedes Jahr mehr Geld in die Armee pumpen, so lange bis das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht ist, also Deutschland zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Waffen und Soldaten steckt. Nach derzeitigem Stand wären das mehr als 76 Milliarden Euro. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat bereits angekündigt, dass ihm zwei Prozent nicht reichen.

Dabei wird das Geld anderswo dringend gebraucht! Viele Schulen und Turnhallen sind marode, ebenso Straßen, Schienen und Brücken. Zudem fehlen tausende Lehrkräfte und Kita-Erzieher*innen. Jetzt will die Wehrbeauftragte auch noch eine verpflichtende Musterung für alle jungen Menschen einführen. Das wäre ein weiterer Schritt zur Militarisierung unserer Gesellschaft. Zwangsmusterung ist auch eine vorbereitende Maßnahme zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Denn noch ist die Wehrpflicht in Deutschland nur

ausgesetzt. Wir wollen sie ganz abschaffen! Gleichzeitig wirbt die Bundeswehr immer offensiver an unseren Schulen um Nachwuchs. Doch wir sagen: Kein Werben fürs Sterben! Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen aufnehmen. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und Hochschulen ab. Wir sprechen uns gegen jegliche Präsenz der Bundeswehr an Schulen aus und rufen Schüler*innen, Lehrkräfte sowie Eltern auf, durch Beschwerden Druck auf die Schulleitungen auszuüben, damit die Bundeswehr draußen bleibt oder Protest zu organisieren, wenn sich der Besuch nicht mehr abwenden lässt.

Wir müssen auch über die Klimafolgen der Aufrüstung diskutieren. Schon im Jahr 2021 hat die Bundeswehr insgesamt rund 1,71 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen, wie eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag belegt. Infolge des Ukraine-Kriegs dürfte der CO₂-Ausstoß weiter angestiegen sein. Damit heizt die Bundeswehr mit ihren Kampfflugzeugen und Panzern die Klimakrise weiter an.

www.die-linke.de/mitmachen



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, Redaktionsschluss 12.06.2023
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank